



Nr. 2/2007

Antifaschistische Bochumer Blätter

Information der VVN - Bund der Antifaschisten

Kranzniederlegung auf dem Friedhof Freigrafendamm

Die VVN - BdA, Kreisvereinigung Bochum, lädt am Volkstrauertag, Sonntag, dem 18. November um 11.00 Uhr zu einer Kranzniederlegung am Ehrenrundplatz auf dem Friedhof am Freigrafendamm ein. Es ist die letzte Kranzniederlegung an dem Platz, so wie wir ihn in den letzten Jahren kennen.

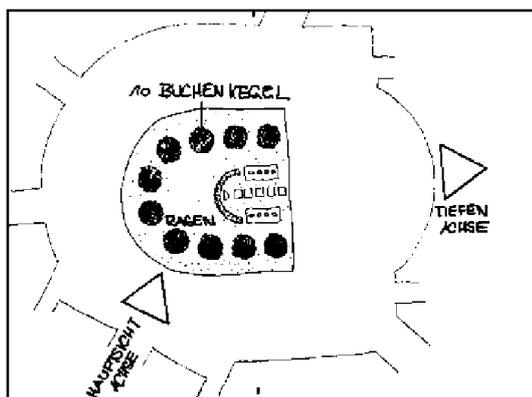
Die im März 1947 eingeweihte Grabstätte entsprach nach 60 Jahren nicht mehr den Anforderungen, die heute an eine würdige Gedenkstätte gestellt werden. Die VVN - BdA hatte sich deshalb an die Oberbürgermeisterin, Frau Dr. Scholz gewandt. In einem gemeinsamen Gespräch mit dem Stadtbaurat Kratzsch und dem Grünflächenamt sowie der VVN - BdA kam man zu der Übereinkunft, den Ehrenrundplatz neu zu gestalten.

Die Zeichnung rechts zeigt, wie der Ehrenrundplatz zukünftig aussehen soll.

Bleiben wird die eigentliche Grabstätte, sichtbar durch 8 Kissensteine mit den Namen und den Geburts- und Sterbedaten der Widerstandskämpfer. Statt des bisherigen Taxusgebüsches sollen 10 Buchenkegel in einer Rasenfläche gepflanzt werden.

Die VVN - BdA wird darüber hinaus einen Gedenkstein aufstellen, auf dem mit dem Schriftzug „**Zum Gedenken an die ermordeten Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus**“ auch erkennbar wird, warum diese Menschen gestorben sind.

Leider fehlen zur Finanzierung dieses Gedenksteines noch einige hundert Euro. Deshalb rufen wir Mitglieder und Freunde zu einer Spende auf.



Es ist die letzte Gedenkfeier, die am Volkstrauertag stattfindet. Auf der Jahreshauptversammlung der VVN - BdA, Bochum, im März dieses Jahres wurde beschlossen, die Gedenkveranstaltung nicht mehr am Volkstrauertag durchzuführen. Sie soll ab dem kommenden Jahr am 2. Sonntag im September stattfinden. Hierzu der Artikel „Zurück zum Gedenktag für die Opfer des Faschismus“ auf Seite 2.

Lutz Berger

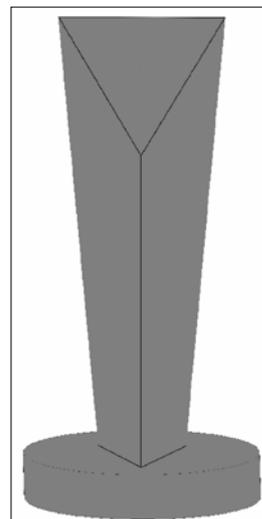


Bild oben: Der Entwurf des Gedenksteins

Wider das Vergessen

Kranzniederlegung und Kundgebung an den Gräbern der ermordeten Bochumer Antifaschisten

Sonntag, 18. November um 11.⁰⁰ h

Treffpunkt: Friedhof am Freigrafendamm, am Haupteingang. **Es spricht:** Norbert Arndt, Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Bochum-Herne. **Rezitation:** Vesna Buljevic, Schauspielerin

Zurück zum Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Der „Gedenktag der Opfer des Faschismus“ war der erste gesamtdeutsche Gedenktag für alle Opfer und Verfolgten des Naziregimes. Überlebende der Konzentrationslager und Haftstätten initiierten ihn bereits wenige Wochen nach der Befreiung.

Schon im September 1946 erinnerten erstmals Antifaschistinnen und Antifaschisten in allen vier Besatzungszonen mit örtlichen Veranstaltungen, Kranzniederlegungen und Kundgebungen an den Kriegsbeginn 1939 sowie an die Opfer des Faschismus. Die VVN führte in Bochum und Wattenscheid Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen durch.

Am Gedenktag für die Opfer des Faschismus im Jahr 1948 führte die Stadt Bochum vor der großen Trauerhalle des Friedhofes am Freigrafendamm eine „Totengedenkfeier“ durch. Die VVN, die politischen Parteien und Vereine legten Kränze an den Gräbern nieder. Oberbürgermeister Geldmacher mit einer Ansprache sowie der Volkchor und das Hornquartett gaben der Veranstaltung einen würdigen Rahmen. Mit Beginn des Kalten Krieges – und endgültig nach den deutsch-deutschen Staatsgründungen – teilte sich das bis dahin von einem breiten, antifaschistischen Konsens getragene Gedenken in zwei unterschiedliche Gedenkkulturen. In der DDR zum offiziellen Gedenktag erhoben, wurde der zweite Sonntag im September in der frühen Bundesrepublik im sich verschärfenden Ost-West-Konflikt zunächst inhaltlich neu ausgerichtet und in den November verschoben.

Kurz nach der Gründung der Bundesrepublik wurde der „Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge“ wieder belebt und im Zuge der politischen Restauration der Volkstrauertag am zweiten Sonntag im November geschaffen. Soldatenverbände, konservative und rechte Gruppen nutzten in der Folgezeit diesen Tag zum zweifelhaften Heldengedenken. In einigen Städten, wie auch in Bochum, wurde am Volkstrauertag in eigenen Gedenkveranstaltungen der VVN die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand, die Verfolgung der Juden, an



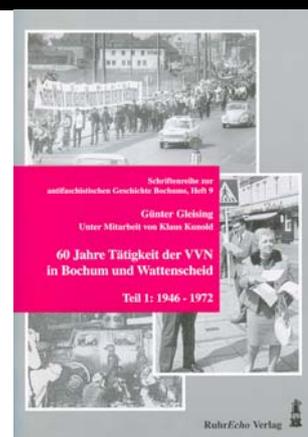
Gedenkfeier der Stadt Bochum 1948

Zwangsarbeit und Deportation, an Mord, Totschlag und Hinrichtungen erinnert.

In den letzten Jahren ist der Volkstrauertag erweitert worden. Während schon früher vielfach Opfer und Täter gleichgestellt wurden geht es nun um die verstärkte Einbeziehung der „Opfer der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage, um die Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung, um die Bundeswehrsoldaten und andere Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren.“ Vor diesem Hintergrund ist eine Rückkehr zu den Wurzeln der VVN und eine Wiederbelebung des Gedenktages der Opfer des Faschismus sinnvoll. Im kommenden Jahr, so hat es die VVN - BdA auf ihrer Jahreshauptversammlung beschlossen, wird die Gedenkveranstaltung auf dem Freigrafendamm wieder am Tag der Erinnerung und Mahnung an die Opfer des Faschismus, dem zweiten Sonntag im September, stattfinden.

Günter Gleising

+++ Broschüre +++



60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid

Teil 1: 1946 - 1972

Das vorliegende Heft beschreibt die Geschichte der VVN in Bochum und Wattenscheid.

Schwerpunkte sind u.a. die Entnazifizierung, Restauration, Kalter Krieg, Neofaschismus und Entspannungspolitik.

Preis: 7,50 Euro

Eine Synagoge für Bochum

Nach über 69 Jahren der Zerstörung der Synagoge durch die Nazis im November 1938 wird am 16. Dezember 2007 die neu gebaute Synagoge der jüdischen Gemeinde eingeweiht. Ich habe als Schüler noch die rauchenden Trümmer der Synagoge und die zerstörten Geschäfte jüdischer Kaufleute in der Innenstadt mit eigenen Augen gesehen. Es war ein furchtbares Erlebnis.

Die „Rote Erde“, das Parteiorgan der Nazis im Ruhrgebiet, schrieb dazu am 10. November 1938:

Die Synagoge abgebrannt

Das Volk ist empört. Die feige Mordtat des jüdischen Verbrechers Grünspan an dem deutschen Botschaftsrat 1. Klasse vom Rath hat in der gesamten deutschen Bevölkerung die größte Empörung hervorgerufen. Als am Abend des 9. November bekannt wurde, daß vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei, stieg die Empörung ins Unermehliche. Auch in Bochum wuchs sie in den späten Abendstunden zu einer spontanen Kundgebung, die sich dahin auswirkte, daß die Synagoge in Brand gesetzt wurde. Überall sammelten sich die Menschen an, die in ihren Beifallskundgebungen zu erkennen gaben, daß alle der feste Entschluß befeelt, einmal endgültig mit dem Judenmob Schluss zu machen.

Auch der „Bochumer Anzeiger“ schrieb unter der Überschrift „Vom Zorn des Volkes hinweggefegt“ „Synagoge und Judencasino niedergebrannt, die jüdischen Geschäfte zerstört.“

Der Artikel des Bochumer Anzeigers unterschied sich in keiner Weise von den antisemitischen Hasstiraden der „Roten Erde“.

Diese üble Berichterstattung sollte von der Brandstiftung der Nazis ablenken. Die Bochumer Bevölkerung sah schweigend zu. Soweit bekannt ist, gab es keinen Widerstand gegen diese Verbrechen.



10. November 1938:
Die zerstörte Synagoge.

Am 2. September 1863, bei der Einweihung der Synagoge, war im „Bochumer Kreisblatt“ zu lesen:

Bochum, 31. August: „Schon wieder ist unsere Stadt um eine Zierde vermehrt worden“. An anderer Stelle heißt es „Schon Tage vorher sah man unsere hiesige Einwohnerschaft in allgemeiner Thätigkeit, um der Stadt zur Erhebung der Feier ein festliches Aussehen zu geben“.



Am 10. November 1938 waren von der Zierde der Stadt nur noch rauchende Trümmer zu sehen und die hiesige Einwohnerschaft stand schweigend daneben.

Mit der Deportation von über 200 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde nach Riga, Theresienstadt und Zamosc hatten die Nazis die alte jüdische Gemeinde in Bochum ausgelöscht.

Im Januar 1933 waren 1.150 Bochumer/innen jüdischen Glaubens Mitglied der Gemeinde. Nach einer Erhebung der britischen Militärregierung lebten 1945 nur noch 42 jüdische Menschen in Bochum. Diese Wenigen waren nicht in der Lage, an den Bau einer neuen Synagoge zu denken.

Um Gottesdienste nach jüdischen Riten abhalten zu können, schlossen sich die Gläubigen aus den Städten Recklinghausen, Herne und Bochum zu einer Gemeinde zusammen. Die Synagoge befand sich in Recklinghausen. Der Jahrestag der Zerstörung der Synagoge spielte im öffentlichen Bewusstsein kaum eine Rolle. Erst nachdem der Jugendring Bochum die Initiative ergriff, fanden Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die Reichspogromnacht statt. Von Anfang an war auch die VVN - BdA dabei und legte zum Gedenken an die Opfer einen Kranz nieder.

Als Beitrag zum 55. Jahrestag der Reichspogromnacht im November 1993 gab die VVN - BdA in ihrer „Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums“ eine Dokumentation heraus, die sich mit dem Leben, der Verfolgung, der Deportation und der Ermordung der Bochumer/innen jüdischen Glaubens während der Zeit des Faschismus beschäftigt. Die Bochumer Presse berichtete ausführlich über dieses Heft und würdigte es entsprechend.

Die Dokumentation trug wesentlich dazu bei, dass dieser Teil der Geschichte der Stadt Bochum nicht in Vergessenheit geriet.

Mit der Gründung des Vereins „Erinnern für die Zukunft“, an der auch VVN - BdA-Mitglieder maßgeblich beteiligt waren, gelang es, die Stadt Bochum dazu zu bewegen, ihre ehemaligen Bürger/innen jüdischen Glaubens, die den Holocaust überlebt hatten, zu einem Besuch in ihre frühere Heimatstadt einzuladen. Die durch den Besuch entstandenen Kontakte zwischen den Besuchern und dem Verein „Erinnern für die Zukunft“ entwickelten sich sehr gut, die Arbeit des Vereins gestaltete sich erfolgreich.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Jugendring, dem Verein „Erinnern für die

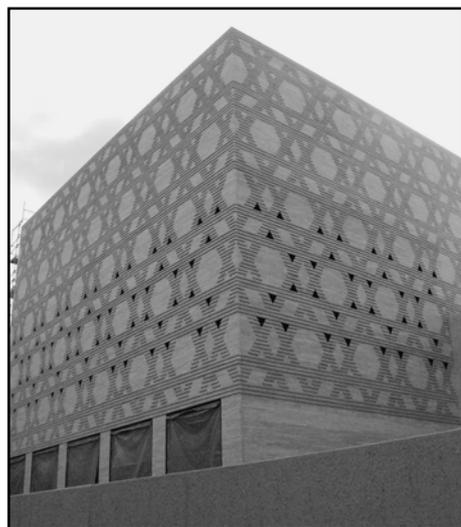
Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von Seite 3

Eine Synagoge für Bochum

Zukunft", der VVN - BdA und anderen Organisationen, sowie der jüdischen Gemeinde verlief zufriedenstellend und es kam zur Bildung des „Arbeitskreis 9. November“, der seitdem die Gedenkveranstaltungen zum Jahrestag der Reichspogromnacht gestaltet.

Durch den Zuzug von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion wuchs die jüdische Gemeinde und inzwischen gibt es wieder über 1.000 Gemeindemitglieder. Das Provisorium in Laer in der ehemaligen Zweigstelle der Stadtbücherei wurde zu klein und der Wunsch nach einer neuen Synagoge wurde stärker. Die Stadt Bochum stellte das Grund-



stück, das Land NRW übernahm einen Teil der Finanzierung und die jüdische Gemeinde sollte ein Drittel der Finanzierung sicherstellen.

Um die jüdische Gemeinde hierbei zu unterstützen, gründete sich im September 2003 der „Freundeskreis der Bochumer Synagoge“.

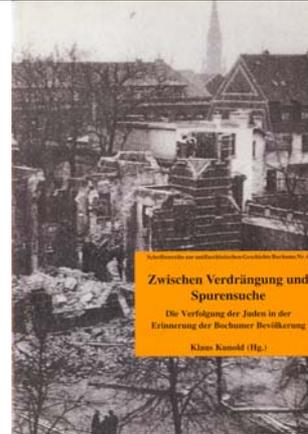
Zur Grundsteinlegung am 14. November 2005 kamen viele Bochumer Bürger/innen, um ihre Solidarität mit der jüdischen Gemeinde zu zeigen. Im Juni 2006 wurde der erste Spatenstich von der Oberbürgermeisterin, Frau Dr. Scholz, getan und am 21. Dezember wehte dann der Richtkranz über dem Gebäude.

Der geplante Neubau der Synagoge war Neofaschisten in Bochum, besonders der NPD, ein Dorn im Auge. Sie versuchten, mit Demonstrationen, Kundgebungen, Flugblattaktionen und Infoständen eine antisemitische Stimmung zu erzeugen.

Die VVN - BdA Bochum begrüßt den Neubau der Synagoge und sie wird sich wie bisher gegen die antisemitische Hetze wenden und solidarisch an der Seite der jüdischen Gemeinde stehen.

Die VVN - BdA tritt für eine tolerante Stadt ein, in der verschiedene Religio-

+++ Broschüre +++



Zwischen Verdrängung und Spurensuche

Die Verfolgung der Juden in der Erinnerung der Bochumer Bevölkerung

Herausgegeben von Klaus Kunold

Bilanz des Umgangs mit der Geschichte der Judenverfolgung in Bochum. Jüdische Zeitzeugen berichten über ihre Erlebnisse während der Verfolgung. In weiteren Aufsätzen wird die Geschichte zwischen den Gegensätzen von Verdrängung und Gedenken dargestellt. Dabei ist Bochum ein Beispiel für den Umgang mit der Geschichte in Deutschland.

Erschienen in der *Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums*, Heft 6.

ISBN 3-931999-08-4, Euro 6,50.

nen existieren und in der Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe ohne Angst und Diskriminierung miteinander leben können.

Klaus Kunold

Die bundesweite Kampagne der VVN - BdA ist ein Selbstläufer geworden, sie trifft den Nerv unglaublich vieler Menschen, die sich angesprochen fühlen, selbst etwas gegen Nazis zu tun.

Jeder, der die Zahl der Unterschriften auf der Kampagne-website verfolgt weiß, dass wir das angestrebte Ziel, dem Bundestag am 9. November 2007 100.000 Unterschriften zu übergeben, deutlich überbieten werden (Barometerstand vom 11.10.2007 = 136.710 Unterschriften).

Laut einer EMNID-Umfrage vom August 2007 ist eine klare Mehrheit der Bundesbürger für eine Neuauflage des NPD-Verbotsverfahrens. 66% sprechen sich dafür aus, das Bundesverfassungs-

gericht erneut anzurufen; nur 23% sind dagegen. Ebenso deutlich wird der Rechtsextremismus als ein Problem des ganzen Landes und nicht nur der neuen Bundesländer empfunden: Nur 19% sagen, rechtsextreme Tendenzen gebe es vor allem in Ostdeutschland. 77% meinen, das Problem bestehe in Ost und West gleichermaßen.

Ohne Zweifel hat die nonpd-Kampagne der VVN-BdA einen wesentlichen Anteil daran, das Problem überhaupt wieder auf die politische Tagesord-

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

nung zu setzen. Seit sieben Monaten sammeln Antifaschistinnen und Antifaschisten bundesweit Unterschriften für die Forderung nach einem neuen Verbotsverfahren und stehen dabei zugleich als Diskussionspartner für die

Fortsetzung auf S. 5

Die Union und die Nazis

Einige Leute in der CDU-Nachwuchsorganisation Junge Union in Bochum waren es offensichtlich leid, dass ihre Inhalte und Positionen nur auf Nazi-Seiten im Internet zu lesen waren. Sie wollten auch mal selbst gegen alles hetzen, was links, schwul, jüdisch, feministisch oder nicht deutsch ist. Ihr rechter Frontmann Hendrik Schäfer, der Schatzmeister der Jungen Union Bochum, fragte also den ehemaligen Kreisvorsitzenden der JU und jetzigen Bochumer CDU-Stadtrat Dirk Schmidt, ob er nicht eine Webseite für seinen Freundeskreis haben könne.

Schmidt kaufte die Internet-Domain „www.bochum-gegen-links.de“ und stellte sie dem „Arbeitskreis Konservative in der Jungen Union Bochum“ – so nannte sich die Gruppe im Impressum der Webseite – zur Verfügung. Als Adresse gaben die jungen Rechten die Lyrenstr. 11. a, den Sitz der CDU-Geschäftsstelle, an.

Wer die Texte auf „bochum gegen links“ las, merkte schnell, wie ultrarechts die Verfasser sind. Einer der Autoren schrieb sogar unter dem Pseudonym „Strasser“, dem Namen der NSDAP-Funktionäre Otto bzw. Gregor Strasser. Der „verbrecherische Cha-

rakter des anglo-amerikanischen Bombenterrors gegen deutsche Zivilisten“ wird von ihm angeprangert. Ein anderer Autor beklagt die „Weichenstellungen der Alliierten nach 1945, die durch ihre Presselizenzpolitik in der Bundesrepublik künstlich ein linksliberales Meinungsklima schufen, obwohl sich die öffentliche Meinung zu den wirklich wichtigen Themen rechts der Mitte befindet.“ Aktuell beklagt „Strasser“, dass sich „die Ausländerpolitik von SPD, Grünen und der Linkspartei immer schon gegen die ethnisch-kulturelle Identität des deutschen Volkes richtete.“

So schreiben Nazis, die bedauern, dass man ihnen 1945 ihre Partei verboten hat.

Anfang September machte die „Rote Antifa“, eine Gruppe, die sich vor einigen Monaten im Sozialen Zentrum gegründet hatte, mit einer Pressemitteilung auf die rechtsextremen Inhalte aufmerksam. Sie analysierte u.a. die Webseiten, die auf „bochum gegen links“ verlinkt waren: >Neben der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die als Sprachrohr der „Neuen Rechten“ gilt und als Bindeglied zwischen rechtskonservativen Kreisen und der extremen Rechten fungiert, finden sich ebenfalls Verweise zum jüngst in Skandale verwickelten „Studienzentrum Weikersheim“, dessen Schließung erst kürzlich gefordert wurde. Besonders bezeichnend ist allerdings, dass neben rechtskonservativen Seiten, offen Werbung für NPD-nahe Seiten gemacht wird: So verweist „bochum gegen links“ neben der Seite des Nürnberger NPD-Funktionärs Fred Ballschuh auch auf den Internetauftritt des „Institut für Staatspolitik“, das ebenso der „Neuen Rechten“ bzw. dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet wird und mit der NPD kooperiert.<

Der öffentliche Protest sorgte dafür, dass die Seite kurzfristig aus dem Netz genommen wurde und Ratsmitglied Schmidt sich als Besitzer der Seite bei „denic“ – der zuständigen Anmeldestelle für solche Internetadressen – austragen ließ. Henrik Schäfer übernahm daraufhin die Verantwortung und die Seite wurde wieder online gestellt.

Nachdem die Verantwortlichen in der CDU sich offenbar den Internetauftritt ihres Nachwuchses angeschaut hatten, wurde die Seite endgültig gelöscht. Es gab ein paar Erklärungen, dass die CDU nichts mit Nazis zu tun haben wolle und das war es dann auch. Weder Schäfer noch Schmidt mussten Konsequenzen ziehen.

Die geistige Nähe von Unionspolitikern zu Nazis ist schließlich auch nichts ungewöhnliches. So hatte der damalige Fraktionsvorsitzende des RCDS im Studierendenparlament (SP) an der Ruhr-Uni, Markus Hessler, vor gut zwei Jahren auf seiner privaten Homepage für die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit“ geworben. Im letzten SP-Wahlkampf stellte der RCDS einen Kandidaten auf, der sich auf einer Fachschaftsfahrt zur Wahl der NPD bekannt und offen NPD-Positionen vertreten hat.

Besonders deutlich hat sich die Junge Union in Bochum schließlich profiliert, indem sie wiederholt das Bündnis „Bunt statt braun“ im Ehrenfeld angegriffen hat. Hier hatten BürgerInnen aus Ehrenfeld zusammen mit vielen Gruppen und Parteien, den Kirchen, Gewerkschaften, dem Jugendring und dem Schauspielhaus den Nazi-Laden Goaliat vertrieben. Die Union blieb bei diesem Bündnis lieber rechts draußen.

Martin Budich

Fortsetzung von Seite 4



Frage zur Verfügung, warum Neonazis in diesem Land immer mehr an Boden gewinnen und was dagegen getan werden kann.

Damit wir am 9. November mit einem deutlichen Votum von 150.000 Bürgerstimmen an den deutschen Bundestag herantreten und ihn zu konsequentem Handeln gegen die NPD auffordern können, bitten wir auch Sie, Ihre Freunde, Bekannten, Kollegen und Nachbarn um Ihre Unterschrift unter diesen Aufruf.

Unter der Internetadresse <http://www.npd-verbot-jetzt.de/> fällt es besonders leicht, die Unterschrift auch auf elektronischem Weg zu übermitteln. Und für diejenigen, die noch ausgefüllte Unterschriftenlisten haben, wird es jetzt höchste Zeit, sie abzuschicken.

Siegfried Evers

Vor 69 Jahren wurde nicht nur die Synagoge in Brand gesetzt. Überall in der Stadt waren die Nazis unterwegs und zerstörten sinnlos Geschäfte und Wohnungen von jüdischen Mitbürgern, viele von ihnen wurden geprügelt und verhaftet, ein großer Teil wurde in das KZ Buchenwald verschleppt. Am 9. November wird an die Zerstörung jüdischer Gotteshäuser erinnert. Wir wollen aber auch an den Terror gegen die jüdischen Menschen erinnern. Deshalb hier die Geschichte von den Trosbachs aus Gerthe von Gerd Kivelitz:

Der Schrank

Der Auszug behandelt eine Begegnung des Autors mit einer Gerther Schuhhändlerin, die als Augenzeugin die Pogromnacht im Nachbarhaus, dem „Kaufhaus Fröhlich“, erlebte. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht ein Schrank. Ihr Vater hatte ihn mit dem Wohnzimmer gekauft und so die Flucht der Judenfamilie ermöglicht. Das jüdische Ehepaar Trosbach lebte versteckt gegenüber im Dachgeschoss.

„Wie war das damals?“ Oben sehe ich die Trosbachs, die durch das kleine Fenster schauen. Diese Augen, weit aufgerissen, voller Schrecken. Und dann hatte es gebrannt.

„Wie können wir ihnen helfen? Das war die Frage, die meinen Vater bewegte“, fährt die Frau fort. Ich sehe den alten Schuhmachermeister noch auf seinem Stuhl sitzen, die Leder-schürze auf den Knien. Schlag auf Schlag saust auf den Absatz. Oben die aufgerissenen Augen der Trosbachs. „Verflucht, wir brauchen einen Anwalt, der das alles aktenkundig aufschreibt.“ Der Anwalt kommt. 500 RM für das Wohnzimmer. Schrank, Tisch, fünf Stühle... 500 RM.

Mein Arm ruht jetzt auf dem Schrank, der wie Feuer brennt.

„Es brennt!“ höre ich meinen Vater rufen. Wir eilen ans Schlafzimmersfenster. Gegenüber das Haus. Das Geschäft brennt. Wir verharren regungslos. Ängstlich klammere ich mich an meinen Vater. Dieses Feuer! Niemand spricht ein Wort.

Oben sehe ich jetzt wieder die Trosbachs. Weit aufgerissene Augen.

Rechtsanwalt Danne datiert den Vertrag nach vorn. Mut hat er, aber Angst hat er auch. Deshalb datiert er vor. „Den Vertrag habe ich kürzlich verbrannt!“ Ich kann es nicht fassen. „Diese ollen Sachen“, sagt sie. Mein Arm ruht auf dem Schrank, wie angewachsen. Oben die Augen der Trosbachs, unten das Feuer.

Der Anwalt, das Dokument. „Mein Vater hat das Wohnzimmer gekauft, damit die Juden entkommen konnten. 500 Reichsmark. Damit konnten sie weg!“

Mein Arm ruht auf diesem Schrank. Vorne im Geschäft hantiert die Verkäuferin mit Kartons. Ich versuche zu sprechen. Sie versucht zu sprechen. Sie hat begriffen. Die Geschichte ist plötzlich lebendig geworden. „Wer war es?“ frage ich stockend. Ich höre, wie sie Namen nennt. „Die Nazis!“ Ich muss an die Bronzetafel vorne an der Hegelschule denken. Nazis – Gerther Mitbürger.

Mein Arm fällt vom Schrank herunter. Vorne im Geschäft vernehme ich Stimmen. Ein Verkaufsgespräch. Während ich mich verabschiede, höre ich immer wieder die Stimme der Frau: „Ganz große Augen, weit aufgerissen, weit aufgerissen, weit aufgerissen, aufgerissen...“ Ich reiße die Tür auf und stehe auf der Lothringer Straße. Draußen laufen in beiden Richtungen Gerther Mitbürger an mir vorbei.

*Aus: Gerd Kivelitz,
Von Vätern und Söhnen oder Einmal war
sogar der Kaiser dagewesen,
Verlag Schürmann & Klagges,
Bochum, 1988 (vergriffen)*

Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Klaus Kunold, 44789 Bochum. **Druck:** Eigendruck. **Auflage:** 1.000. Konto Nr. 463 097 46, Sparkasse Bochum, BLZ: 430 500 01. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bochumer Frauen im Widerstand

Die Projektgruppe „Wider das Vergessen“ im Frauenverband Courage e.V., Ortsgruppe Bochum, hat ein bemerkenswertes Heft unter dem Titel „Wider das Vergessen – Widerstand und Verfolgung Bochumer Frauen und Zwangsarbeiterinnen 1933 - 1945“ erarbeitet und herausgebracht.

Dieses Thema war bisher in der Bochumer antifaschistischen Geschichtsschreibung unterbelichtet. In mühevoller Kleinarbeit und nach Überwindung einiger Schwierigkeiten gelang es der Projektgruppe, nicht nur den organisierten antifaschistischen Widerstand von Frauen darzustellen, sondern auch aus dem Alltagsleben von Frauen zu berichten, die ihren Unmut über Hitler, die Nazis oder den Krieg kundtaten, die „Feindsender“ hörten und deren Nachrichten verbreiteten.

Für all dies wurden sie vor Gericht gestellt und hart bestraft.

Vergessen wurden auch nicht die Frauen, die aus „rassistischen“ Gründen diskriminiert, verfolgt und in die Vernichtungslager deportiert wurden.

Ein Kapitel ist den Zwangsarbeiterinnen gewidmet, die unter erbärmlichen Bedingungen in Bochum arbeiten und leben mussten. Dieses Kapitel berichtet auch von Frauen, die versuchten, entsprechend ihren Möglichkeiten zu helfen.

Die Broschüre trägt mit dazu bei, dass der Widerstand der Bochumer Frauen nicht in Vergessenheit gerät und angemessen gewürdigt wird.

Klaus Kunold

Die Dokumentation ist im Europäischen Universitätsverlag erschienen und kostet 7,50 Euro. Bestellungen unter Tel.: 02327-788 677 oder eMail: okfinkbohner@versanet.de